

Meinung

Vermüllte Stadt

Lieber sauber und sexy

MARITTA TKALEC

Kommt eine Frau die Treppe vom U-Bahnhof hoch und steht am Kottbusser Tor. Sie hat sich verfahren und fragt, Entsetzen im Blick, wo sie hier sei. Eine Wienerin am Kotti. Als Anwohner will man im Erdboden versinken, aber der Platz ist dafür zu dreckig. Lläuft man Richtung Wasertorplatz, kann man immer wieder die einfach vors Haus auf die Straße gestellten Möbel der Anwohner ansehen: Küchen, Bettroste, dicke Sofas, Wäsche. Die Kommune müht sich, den Sperrmüll wegzuräumen. Aber es quillt schnell neuer hervor. Trotz Videoüberwachung. Bürgerputzaktionen wie an diesem Wochenende helfen nur für einen Moment.

Mokiert sich ein Auswärtiger über den Berliner Dreck, lautet eine trotzige Abwehrreaktion: Hier sieht's eben nicht aus wie in einer Kleinstadt im Südwesten, dafür ist Berlin bunt. Was für ein dummer Spruch. Er sagt: Bunt ist dreckig. Verstehe einer diese Logik. Wieso sollte eine bunte Stadt nicht nett aussehen, mit wenig Glascherben in Grünanlagen, wo Kinder und Tiere rumlaufen? Man kann nun auf die Grünflächenämter zeigen, die womöglich falsche Schwerpunkte setzen. Man kann daran erinnern, dass die Grünpflege kleingespart und kaputtorganisiert wurde. Aber zur Wahrheit gehört: Der Dreck kommt nicht von allein dorthin. Bürgerinnen und Bürger lassen ihn einfach fallen. Womöglich haben sich zu viele Leute an den Dreck gewöhnt und werfen ihren dazu.

Das bleibt folgenlos: Haben Sie schon einmal erlebt, dass solches Fehlverhalten ordnungssanktioniert wurde? Laut Bußgeldkatalog kostet das Wegwerfen oder Liegenlassen von Kleinmüll wie Pappbechern, Zigarettenschachteln oder Bananenschalen 35 Euro. Großstädte wie Wien flankieren ihre Stadtreinigung mit Bußgeldern gegen Vermüllter. Das kann Berlin auch – damit es sauber, bunt und sexy wird.

Abtreibungsparagraf

Streichen – und zwar schnell

ANTONIA GROSS

Das Scheitern des Entwurfs zur bitter nötigen Entfernung des Paragrafen 219a aus dem Strafgesetzbuch im Bundesrat zeigt überdeutlich, wie es um die Machtverteilung gerade steht. Soll noch einmal jemand sagen, alle Geschlechter hätten dieselben Rechte oder Chancen. Es wäre nichts als Heuchelei.

Der Paragraf 219a bestraft Ärztinnen und Ärzte, die über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft aufklären. Darauf stehen bis zu zwei Jahre Haft.

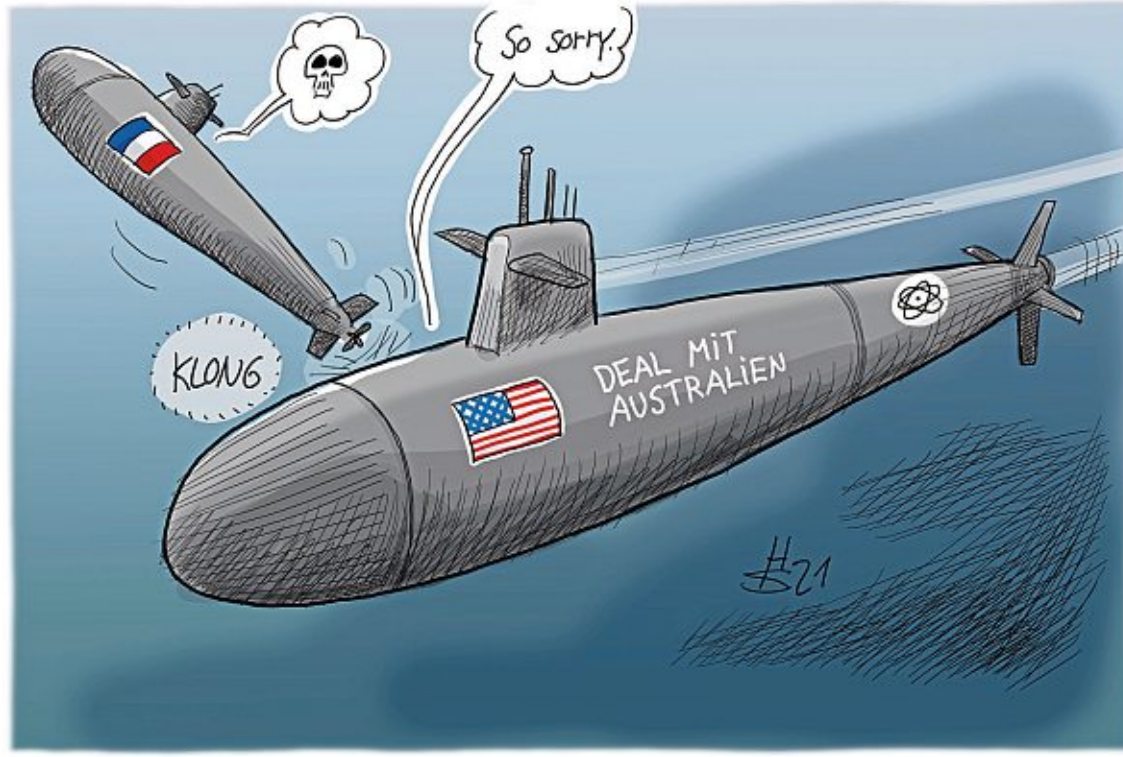
Das Land Berlin hatte im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur ersatzlosen Streichung von Paragraf 219a vorgelegt. Die Begründung: Fundamentalisten dürfen Schwangere mit Bildern blutiger Föten und Falschinformation belästigen. Gynäkologinnen dürfen nicht über eine medizinische Behandlung informieren.

In der Sitzung waren überwiegend die Regierungen mit konservativer Beteiligung, die in schweigender Ablehnung die Position rechtsreaktionärer Gegner der Selbstbestimmung der Geschlechter bezogen. Zack, nächster Punkt. Als wäre nichts gewesen.

Da ist aber noch was.

Offenbar gibt es nach wie vor Entscheidungsträger, die dulden und begrüßen, dass die Körper Schwangerer als Kampfplatz männlichen Machterhalts erhalten müssen. Den Zugang zu Wissen zu blockieren, war schon immer ein wirksames Instrument der Unterdrückung. Das ist bequem, denn man muss ja nicht einmal wirklich dazu stehen, welch feindliches Frauenbild dieser Ignoranz zugrunde liegt.

Es gibt viele Vorschläge zum Schwangerschaftsabbruch, die man diskutieren könnte. Das entscheidende Merkmal muss jedoch an allererster Stelle sein: Im Strafgesetzbuch hat nichts davon etwas verloren. Der Paragrafen gehört gestrichen. Und zwar schnell.



Mit eingebauter Vorfahrt, auch unter Biden

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Es ist gut möglich, dass im Büro von Armin Laschet in diesen Tagen ein Präsentkorb abgegeben wird, mit vielen guten Sachen, die ihn noch bis zum Wahltag gut durchhalten lassen. Die Morgengabe wird nicht von Markus Söder kommen, der seinen Unionspartei feind jungst mit Nürnberger Bratwürsten vollgestopft hat. Der Absender wird die Linkspartei sein.

Deren Spitzenkandidaten Janine Wissler und Dietmar Bartsch haben gute Gründe, Laschet dankbar zu sein. Durch die von ihm losgetretene Rote-Socken-Kampagne ist die Linkspartei wenigstens wieder ein bisschen in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Dass die Linke im Bund wirklich mitregiert, ist politisch zwar wenig wahrscheinlich, angesichts der derzeitigen Umfragewerte, aber zumindest rechnerisch möglich. Allerdings ist es rechnerisch auch möglich, dass die Linkspartei es überhaupt nicht mehr in den Bundestag schafft. In den Umfragen steht sie seit Wochen sehr konstant bei sechs Prozent. Das ist nicht genug, um sich sicher im Bundestag zu wännen.

Dieser Wahlkampf, seine Wendungen und sein mehr als ungewisser Ausgang ist ein Wechselbad der Gefühle für alle beteiligten Politiker und Parteien. Für die Linke geht es ums Überleben.

Wie nervös die Linkspartei ist, merkt man im Wahlkampf in der Hauptstadt. Gesine Löttsch, Petra Pau und Gregor Gysi haben 2017 ihre Wahlkreise jeweils direkt gewonnen. Bei der jetzt anstehenden Bundestagswahl könnten diese drei Direktmandate essenziell sein, um der Fraktion den Wiedereinzug ins Parlament zu ermöglichen, wenn es wirklich knapp werden sollte mit den Zweitstimmen und der Fünf-Prozent-Hürde.

In Marzahn-Hellersdorf macht der CDU-Abgeordnete Mario Czaja Petra Pau die Position als direkt gewählter Abgeordneter streitig. Unverhohlen weist er darauf hin, dass Pau ja über die Landesliste abgesichert sei. Die Marzahn-Hellersdorfer sollten ihn

Wahlkampf

Wie die Linke sich zerlegt hat



CHRISTINE DANKBAR

wählen, dann bekämen sie gleich zwei Abgeordnete aus ihrem Bezirk in den Bundestag. Dass die sonst so ausgeglichene Petra Pau, die auch Vizepräsidentin des Parlaments ist, darauf richtig sauer reagiert, zeigt, dass die Nerven blank liegen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Linkspartei an ihrer schlechten Situation vor allem selbst schuld ist. Viel zu lange hat sie sich im internen Streit zerlegt, allerdings ohne wirklich etwas zu klären. Das sieht man auch daran, dass die Thesen von Sahra Wagenknechts Buch, das sie jüngst vorstellte, kurz für Aufwallung sorgten. Danach aber ebte die Debatte sehr schnell ab.

Dabei hat Wagenknecht mit ihren Thesen in ein Wespennest gestochen. Sie kritisiert in ihrem Buch, dass sich die Linke in abgehobene Diskussionen verzettelt habe, die komplett an dem kleinen Mann und der

kleinen Frau vorbeigingen. Sie wenden sich mehr und mehr den Rechtspopulisten zu, übrigens nicht nur in Deutschland. Der Diskussion darüber geht man bisher lieber aus dem Weg. Auch in anderer Hinsicht unterwirft man sich Denkverboten: So kann fast die gesamte linke Bundestagsfraktion noch nicht mal dann für Bundeswehreinräte stimmen, wenn damit in einer Rettungsaktion die Leben von Zivilisten gerettet werden sollen.

Irgendwann in den vergangenen Jahren hat die Linke ihren Nimbus als ostdeutsche Kümmerer-Partei verloren. Das wäre nicht schlimm gewesen, wenn sie ein eindeutiges gesamtdeutsches Profil erworben hätte. Hat sie aber nicht. Der Vergleich mag gewagt sein, aber die CSU macht es gut vor, wie man aus der regionalen Beschränkung politischen Gewinn schlägt. Natürlich ist es dabei von Vorteil, wenn man einen Lautsprecher wie Markus Söder an der Spitze hat.

Die Linke hat stattdessen eher auf ihr Wahlprogramm gesetzt. Das ist sehr ambitioniert, nicht nur in Sachen Sozialpolitik, sondern auch in Hinblick auf den Klimaschutz. Leider aber liest in einem Wahlkampf niemand wirklich das Wahlprogramm durch. Was zählt, sind Personen. Schließlich müssen die die Inhalte ja auch durchsetzen. Blickt man auf die Linke, nimmt man Gregor Gysi wahr, dessen Eloquenz fürs Direktmandat reichen wird, für eine Debatte über die Zukunft eher nicht. Die beiden neuen Parteivorsitzenden sind engagiert, wirken nach außen aber eher so, als sollten sie sich in ihrer Wirkung gegenseitig neutralisieren. Andere kluge Köpfe wie Stefan Liebich und Fabio De Masi treten nicht mehr an, auch aus einem gewissen Frust über die eigene Partei.

Bleibt noch der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, der für Kontinuität steht und die Versicherung, dass die Linke ein durchaus verlässlicher Partner in einer Regierungskoalition sein könnte. Vermutlich wird er es aber nie beweisen müssen.

Kolumne

Rede ich mir das nur ein?

MIRAY CALISKAN

ren Lebensweg einzureden? Sah sie in mir eine Türkin, die nicht viel erreichen wollte und konnte? Haben meine deutschen Mitschüler auch solche Empfehlungen bekommen? War das Diskriminierung oder rede ich mir das ein?

Diese Fragen stellte ich mir erst Jahre später. In jenem Moment glaubte ich meiner Lehrerin. Mein Vater schritt wie so oft ein, stritt mit meiner Klassenlehrerin und dem Schuldirektor und ließ mich die Klasse wiederholen. „Hör' nicht auf sie“, sagte er. Ich verlor nicht mal ein Schuljahr, weil ich von G9 in G8 rutschte.

Das Gefühl, dass alle gegen mich sind, weil ich Miray Caliskan heiße und aus

einer Einwandererfamilie komme, verfolgt mich noch heute manchmal. Ich fühle mich benachteiligt, weil ich solche negativen Erfahrungen unzählige Male machen musste. Ich suchte nach meinem Bachelor, den ich mit sehr guten Noten abgeschlossen hatte, ein ganzes Jahr nach einer Volontariatsstelle und musste in dieser Zeit mehr als 20 Absagen aus den unterschiedlichsten Redaktionen einstecken, bevor ich zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurde. Eine Begründung gab es nie, ist ja auch nicht üblich. Aber die Absagen trafen mich in meinem Kern, ich weinte sehr viel, jobbte nebenbei, um die Zeit totzuschlagen, verstand die Welt nicht mehr und wieder redete ich mir ein, dass das Problem an mir liegen musste, nicht am System.

Natürlich haben es andere Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen auch schwer. Aber manchmal habe ich das Gefühl, dass ich härter kämpfen muss als meine Mitmenschen aus deutschen Familien, um meine Ziele zu erreichen.

Ich bin mir sicher, dass mir nach diesem Text wieder einige unterstellen werden, die „Rassismuskule zu schwingen“. Ich sollte als Frau aus einer Einwandererfamilie nicht so viel meckern, wird es wie so oft heißen. Dass ich es doch gut hätte, mich extrem glücklich schätzen müsste, als türkischstämmige Person in einem Land wie Deutschland leben zu dürfen.

Zitat

„Ich fürchte, von Thomas Mann habe ich meine unbritische Komma-Reihung und die Neigung zu zusammengesetzten Hauptwörtern.“

Nigella Lawson, Star-Köchin und Kochbuch-Autorin, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung über ihren Schreibstil

Auslese

Australien sucht Verlässlichkeit

Die Unterstützung Australiens beim Bau von U-Booten mit Nuklearantrieb durch die USA und Großbritannien sorgt für Verstimmung auf europäischer Seite, insbesondere in Frankreich. Für die *Neue Zürcher Zeitung* ist dieser Unmut allerdings übertrieben. „Die Kontinentaleuropäer sollten sich hüten, diesen Schritt als Schlag vor den Kopf oder gar als Dolchstoß zu interpretieren. Es ging für Australien nie um mögliche Alternativen zwischen den USA und Großbritannien auf der einen Seite sowie der EU auf der anderen“, schreibt das Schweizer Blatt. Mit ihrem Kurs wollten die Australier vielmehr ihre Haltung gegenüber „einem aggressiven und zunehmend arroganten China“ zum Ausdruck bringen. In Europa sei eine solche Standfestigkeit nicht einmal gegenüber dem „geografisch viel bedrohlicher“ liegenden Russland zu haben. Im Gegensatz dazu habe Canberra klargemacht, „auf welcher Seite es im Ringen zwischen Freiheit und Zwang seine Zukunft sieht“, so die NZZ weiter.

Auch die *Welt* sieht in der europäischen Außenpolitik das Kernproblem: Australien habe sich vor allem deshalb für U-Boote aus den USA entschieden, „weil Washington ein Verbündeter ist, der erwiesenermaßen Waffen und Soldaten schickt, wenn die Sicherheit seiner Alliierten bedroht ist. Das kann man von den Europäern nicht sagen.“ Einzig Frankreich habe Ambitionen, sich auch im Pazifikraum als sicherheitspolitischer Akteur zu positionieren – und werde dafür in Deutschland belächelt. „Dabei könnte Europa viel effizienter Sicherheitspolitik betreiben, wenn nur die Deutschen endlich ihre Scheu davor verlernen.“ (pha.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN
Herausgeber: Dr. Michael Maier
Textchefin: Bettina Cosack (VSiDP)
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Ressorts
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Weit & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Briene
Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Preißer
Art Direktion Print: Heike Fischer
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerverlag.com
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33
Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerverlag.com
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerverlag.com
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerverlag.com
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätlich Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpf (Streik/Aussperrung) besteht kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.